



2017/2226(INI)

11.1.2018

STANDPUNKT IN FORM VON ÄNDERUNGSANTRÄGEN

des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der
Geschlechter

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

über das Thema „Europäisches Semester für die Koordinierung der
Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2018“
(2017/2226(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Evelyn Regner

PA_Legam

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

Änderungsantrag 1

Entschließungsantrag

Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4a. betont, dass die europäische wirtschaftspolitische Steuerung neu ausgerichtet werden muss, indem der Schwerpunkt nicht mehr auf die enge Zielsetzung des BIP-Wachstums, sondern auf Wohlstand sowie Konvergenz mit hohen Mindeststandards für die Gleichstellung von Frauen und Männern gelegt wird; vertritt die Auffassung, dass die neue auf Wohlstand ausgerichtete Wirtschaftspolitik auf einem „magischen Polygon“ beruhen sollte, das aus gerecht verteiltem materiellem Wohlstand, Lebensqualität, finanzieller Stabilität, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und menschenwürdigen Arbeitsplätzen, ökologischer Nachhaltigkeit, Stabilität bei den Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes und ausgewogenen Außenwirtschaftsbeziehungen besteht;

Änderungsantrag 2

Entschließungsantrag

Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6a. stellt fest, dass regelmäßig Debatten über die intelligente Zuweisung von öffentlichen Ausgaben und politische Prioritäten in Bezug auf den EU-

Haushalt geführt werden und dass eine derartige kritische Bewertung unbedingt erforderlich ist, um die Qualität der öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten mittel- und langfristig zu verbessern und lineare Haushaltskürzungen zu verhindern, von denen unter anderem vor allem Frauen betroffen sein könnten;

Änderungsantrag 3

Entschließungsantrag Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

6b. ist der Ansicht, dass mit der strukturellen und qualitativen Verbesserung der öffentlichen Haushalte eine wesentliche Hebelwirkung erzielt wird, wenn es darum geht, für die Einhaltung der Haushaltsvorschriften der EU zu sorgen und die Finanzierung unbedingt erforderlicher Ausgaben – zum Beispiel im Zusammenhang mit den Systemen der sozialen Sicherheit, die für Frauen von besonderer Bedeutung sind –, den Aufbau von Puffern für unvorhergesehenen Bedarf und schließlich die Finanzierung nicht wesentlicher Ausgaben zu ermöglichen;

Änderungsantrag 4

Entschließungsantrag Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7a. weist darauf hin, dass im Rahmen des Europäischen Semesters eine eingehende Analyse und eine umfassendere Bewertung der Sozialindikatoren durchgeführt werden

muss; fordert die Kommission auf, weitere Sozialindikatoren einzubeziehen, denen der gleiche Wert zugemessen werden sollte wie den Wirtschaftsindikatoren;

Änderungsantrag 5

Entschließungsantrag Ziffer 7 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7b. ist nach wie vor besorgt angesichts der Tatsache, dass es im Europäischen Semester an einer geschlechtersensiblen Perspektive und entsprechenden Indikatoren fehlt, und fordert, dass bei der Formulierung der länderspezifischen Empfehlungen, Konvergenzprogramme und nationalen Reformprogramme der durchgängigen Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern stärker Rechnung getragen wird; betont, dass der soziale und geschlechtsspezifische Fortschritt sowie die Auswirkungen der Reformen langfristig beobachtet werden müssen; fordert daher, dass nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten verwendet, neue Indikatoren berechnet und neue Informationen einbezogen werden, die sich auf alle fünf Kernziele der Strategie Europa 2020 erstrecken, auch auf das F&E-Ziel und das Energieziel, damit die Fortschritte beobachtet und geschlechtsspezifische Unterschiede aufgedeckt werden können;

Änderungsantrag 6

Entschließungsantrag Ziffer 7 c (neu)

7c. fordert, dass die Mindestlöhne angehoben werden, die Lohntransparenz verbessert wird und auf Ebene der Unternehmen Lohnprüfungen durchgeführt werden, damit in allen Branchen und Berufen der Grundsatz des gleichen Entgelts bei gleicher Arbeit verwirklicht wird; fordert die Mitgliedstaaten darüber hinaus auf, die Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten nicht länger zu blockieren; hebt es als wichtig hervor, dass auf einen wirkungsvollen Rahmen für die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben hingearbeitet wird, damit alle Männer und Frauen ihr Privatleben mit ihrem Berufsleben vereinbaren können;

Änderungsantrag 7

Entschließungsantrag Ziffer 7 d (neu)

7d. betont, dass es Vorrang einzuräumen gilt für Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung, von denen vorwiegend Frauen betroffen sind, sowie für dauerhafte, hochwertige Arbeitsplätze, Investitionen und hochwertige Gemeinwohldienstleistungen, die für soziale Inklusion insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Betreuung pflegebedürftiger Menschen, öffentliche Verkehrsmittel und soziale Dienste sorgen;

Änderungsantrag 8

Entschließungsantrag Ziffer 7 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7e. fordert, dass der zweite Grundsatz der europäischen Säule sozialer Rechte – wonach die Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Bereichen gewährleistet und gefördert werden muss, wobei dies die Erwerbsbeteiligung, die Beschäftigungsbedingungen und den beruflichen Aufstieg einschließt, und Frauen und Männer das Recht auf gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit haben – vollständig in das Europäische Semester integriert wird;

Änderungsantrag 9

Entschließungsantrag Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16a. ist besorgt angesichts der Tatsache, dass es immer noch erhebliche Unterschiede gibt und der Arbeitsmarkt in der gesamten Europäischen Union nach wie vor stark geteilt ist, was zu geschlechtsspezifischen Unterschieden beiträgt, zu denen auch ein beträchtliches Einkommens-, Renten- und Wohlstandgefälle, ungleiche Entscheidungsfindungsprozesse und kürzere Karrieren von Frauen gehören; betont, dass die Beschäftigungsquote bei Frauen zwar so hoch ist wie noch nie, dass sie jedoch immer noch 11 % niedriger ist als bei Männern; betont, dass das Beschäftigungsgefälle bei Müttern und Frauen mit Pflegeverantwortung besonders ausgeprägt ist;

Änderungsantrag 10

Entschließungsantrag Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16b. ist besorgt angesichts des Ausmaßes, in dem Frauen von Sparmaßnahmen betroffen sind; betont unter diesem Aspekt, dass Frauen durch Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Umverteilungen in den Strategien zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Einschränkungen in den Systemen der sozialen Sicherheit langfristig stärker betroffen sind;

Änderungsantrag 11

Entschließungsantrag Ziffer 16 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

16c. betont, dass die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts nach wie vor ausgeprägt ist, was sich an dem Gefälle zwischen Frauen und Männern hinsichtlich dem Einkommen und der Beschäftigungsquote zeigt, wobei der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von männlichen Arbeitnehmern etwa 16 % höher ist als der von weiblichen Arbeitnehmern; betont, dass das Gefälle darauf zurückzuführen ist, dass Frauen in Tätigkeitsfeldern mit guter Bezahlung unterrepräsentiert sind, es auf dem Arbeitsmarkt zu Diskriminierung kommt und der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei Frauen hoch ist; betont nachdrücklich, dass weitere Fortschritte erzielt werden müssen, um das Gefälle abzubauen; fordert die Kommission unter

diesem Aspekt auf, in die Strategie Europa 2020 eine die Gleichstellung der Geschlechter betreffende Säule und ein übergreifendes auf Gleichstellung der Geschlechter bezogenes Ziel aufzunehmen; legt den Mitgliedstaaten nahe, sich verstärkt darum zu bemühen, das Einkommensgefälle zwischen Frauen und Männern zu beseitigen, und mehr aktive Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen zu ergreifen;

Änderungsantrag 12

Entschließungsantrag Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

19a. fordert die zuständigen Mitglieder der Kommission auf, die geschlechtsspezifischen Aspekte des Jahreswachstumsberichts jedes Jahr mit dem Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter zu erörtern;

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	4.12.2017
-------------------	-----------